

## **Informationen zur Klausurtagung des Landesvorstandes vom 26. und 27.01.2013**

### **Aktuell politisch/Aus den Gremien/Wahlen**

Der Landesvorstand wertet die Geschehnisse der letzten Wochen aus. Insbesondere findet eine Auswertung der Niedersachsenwahl und der Tagung des Parteivorstandes inkl.

Vorstellung des Spitzenteams für den Bundestagswahlkampf statt.

Für DIE LINKE in M-V gilt es nun, die Weichen für den Wahlkampf zur Bundestagswahl im September 2013 zu stellen.

Thematisch stehen vorbehaltlich aktueller gesellschaftspolitischer Erfordernisse nachfolgende Schwerpunkte im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung mit den anderen zur Wahl antretenden Parteien:

1. Die soziale Einheit zwischen Ost und West muss endlich vollendet werden. Lohn- und Rentengerechtigkeit ist herzustellen.
2. Die kommunale Finanzausstattung muss die öffentliche Daseinsfürsorge für gleichwertige Lebensverhältnisse sicherstellen.
3. Die Lebenshaltungskosten der Familien müssen ohne Transferleistungen für alle Menschen bezahlbar bleiben. Strom, Wohnkosten und Dispozinsen müssen sozial ausgestaltet und durch 10 Euro Mindestlohn gesichert und ermöglicht werden.

Bei Wahlkampfthemen sollte die Themenauswahl eher gering gehalten werden – es geht um Qualität statt Quantität. Einig ist sich der Landesvorstand, dass Mecklenburg-Vorpommern seinen Anteil zu einem bundesweiten Ergebnis im zweistelligen Bereich bringen muss – hinzu kommt die besondere Verantwortung bei der Verteidigung des 2009 erstmals errungenen Direktmandates in Rostock. Der Landesvorstand spricht sich für einen landeseigenen Wahlkampfeslogan aus und bittet das Landeswahlbüro um entsprechende Vorschläge.

Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Landesvorstand die Berufung des aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden stellv. Fraktionsvorsitzenden, Dr. Dietmar Bartsch, in das Spitzenteam der Bundespartei für den Bundestagswahlkampf 2013. In diesem Team hat Bartsch die Aufgabe, die Interessen der Menschen in den neuen Ländern besonders zu vertreten.

Nach Auffassung des Landesvorstandes soll Dietmar Bartsch, der bundesweit zu den bekanntesten Politikern der LINKEN gehört und über Parteigrenzen hinweg anerkannter Haushaltspolitiker ist, auch eine herausragende Rolle im eigenen Landesverband wahrnehmen und DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestagswahlkampf führen. Mit ihm an der Spitze hat DIE LINKE in M-V 2009 ihr bislang bestes Ergebnis von 29 Prozent der Zweitstimmen erreicht.

### **Halbzeitbilanz/Mitgliederentscheid**

Nach nunmehr gut einem Jahr im Amt zieht der Landesvorstand Bilanz seiner bisherigen Arbeit und leitet notwendige Veränderungen für die restliche Legislaturperiode ab. U.a. trifft der Vorschlag, jede zweite Sitzung in einem anderen Kreisverband abzuhalten, auf regen Zuspruch. Eine weitere Auswertung erfolgt fortlaufend.

Zum Vorschlag von T. Koplin, künftig den Landesvorsitz per Mitgliederentscheid bestimmen zu lassen, erfolgt eine erste Diskussion im Landesvorstand. Neben den politischen sind hier insbesondere rechtliche Fragen aufs genaueste zu beachten und über die entsprechende Wirkung innerhalb und außerhalb der Partei nachzudenken. Der Landesvorstand verständigt sich darauf, dem nächsten Landesvorstand (Legislaturperiode 4. Landesparteitag) vorzuschlagen, eine rechtlich geprüfte und politisch tragfähige Entscheidung zu diesem Thema zu treffen.

### **Zusammensetzung Landesausschuss 2014/2015**

Einstimmig beschließt der Landesvorstand die Bildung von Delegiertenwahlkreisen zur Besetzung des Landesausschusses für die Legislaturperiode 2014/2015.

#### **Bildung von Delegiertenwahlkreisen zur Besetzung des Landesausschusses**

Die Wahl der 24 Vertreterinnen und Vertreter aus Kreisverbänden im Landesausschuss der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern erfolgt im Landesverband erneut in acht Delegiertenwahlkreisen:

1. Mecklenburgische Seenplatte
2. Peene-Uecker-Ryck
3. Landkreis Rostock
4. Nordwestmecklenburg
5. Hansestadt Rostock
6. Schwerin
7. Südwestmecklenburg
8. Vorpommern - Rügen (KV VR + KV HST)

Die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus Kreisverbänden sowie der Ersatzmitglieder erfolgt im Zeitraum vom 28. Januar bis zum 15. Dezember 2013. Die Wahlprotokolle sind bis zum 20. Dezember 2013 der Landesgeschäftsstelle zu übermitteln.

Begründung: Entsprechend § 16 der Landessatzung ist der Landesvorstand aufgefordert, Delegiertenwahlkreise und Mandatsschlüssel zur Wahl der Mitglieder des Landesausschusses für die Kalenderjahre 2014/2015 zu beschließen. Die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter in den Delegiertenwahlkreisen erfolgt paarweise im Divisionsverfahren nach Adams.

#### **Anlagen:**

Rechenmodell nach Adams und Auszug Landessatzung

#### **Beschluss:**

1. Der Landesvorstand beschließt die erneute Bildung von acht Delegiertenwahlkreisen zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den Kreisverbänden im Landesausschuss. Die Bildung von acht Delegiertenwahlkreisen gewährleistet ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von Mandaten je Parteimitglied im Land und sichert weitestgehende Gleichbehandlung aller Gliederungen des Landesverbandes.
2. Die Landesgeschäftsstelle sichert die Realisierung des Beschlusses und informiert die entsprechenden Gremien.

| <b>Paarweise Mandatsvergabe im Divisorenverfahren nach Adams</b> |                     | Mandate: <b>24</b> |                                    | Hier bitte immer eine <b>gerade</b> Zahl einsetzen. |
|--|---------------------|--------------------|------------------------------------|---|
| <b>Landes- bzw. Kreisverband oder Delegiertenwahlkreis</b>       | <b>Mitglieder</b>   | <b>Mandate</b>     | Ein Mandat vertritt ... Mitglieder |   |
| 1  | MSP                 | 998                | 4                                  | 250   |
| 2  | PUR                 | 651                | 4                                  | 163   |
| 3  | ROS                 | 509                | 2                                  | 255   |
| 4  | NWM                 | 343                | 2                                  | 172   |
| 5  | HRO                 | 717                | 4                                  | 179   |
| 6  | SN                  | 381                | 2                                  | 191   |
| 7  | SWM                 | 561                | 4                                  | 140   |
| 8  | VR (KV VR + KV HST) | 559                | 2                                  | 280   |
| 9  |                     |                    | 0                                  |   |

### Auszug Landessatzung

#### § 16 Zusammensetzung und Wahl des Landesausschusses

(1) Dem Landesausschuss gehören mit beschließender Stimme an:

- a) 24 Vertreterinnen und Vertreter aus Kreisverbänden,
- b) zwei von einer Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der landesweiten Zusammenschlüsse zu wählende Mitglieder,
- c) zwei durch den Landesvorstand aus seiner Mitte zu bestimmende Mitglieder,
- d) zwei Vertreterinnen oder Vertreter des Jugendverbandes.

(2) Dem Landesausschuss können weitere Mitglieder mit beratender Stimme angehören.

(3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände werden auf Versammlungen in Delegiertenwahlkreisen gewählt. Ein Delegiertenwahlkreis umfasst einen oder mehrere territorial verbundene Kreisverbände. Die Mandate der Gliederungen werden entsprechend den Mitgliederzahlen paarweise im Divisorenverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0; 1; 2; 3; ...) auf die Delegiertenwahlkreise verteilt.

(4) Die Mitglieder mit beratender Stimme werden auf Beschluss des Landesparteitages bestimmt. Dabei soll die Landtagsfraktion angemessen berücksichtigt werden.

### **Kulturpolitik**

Unter dem Motto „Wie weiter mit der Kulturpolitik in M-V?“ stellt der stellv.

Landesvorsitzende T. Koplin die aktuelle Lage im Land vor und unterbreitet vier Vorschläge.

Demnach sollte sich DIE LINKE für ein Kulturfördergesetz engagieren. In Abhängigkeit vom

Entstehen eines außerparlamentarischen Bündnisses für ein Kulturfördergesetz würde sich DIE LINKE im Land für ein Volksbegehren einsetzen. Unter dem Motto „Kultur on Tour“ wollen wir eigene kulturelle Angebote (Filme, Veranstaltungen mit Liedermachern) organisieren. Angeregt wird eine Initiative für die Einführung einer Ausstellungsvergütung auf kommunaler und Landesebene. Vorgeschlagen wurde weiterhin, ein landeseigenes Kulturforum zu schaffen.

## **Resolution**

Einstimmig fasst der Landesvorstand folgende Resolution aus Anlass des 80. Jahrestages der Machtübergabe an die NSDAP.

### **Erinnern, um zu widerstehen**

Der 30. Januar 1933 war in der Geschichte des deutschen Volkes ein Tag der Schande. Mit der – auf Drängen extrem rechter Politiker und Wirtschaftsführer erfolgten – Ernennung Hitlers zum Reichskanzler lieferte der oberste Repräsentant der deutschen Republik die Demokratie ihren Feinden aus.

Dieses Geschehen war keineswegs zufällig.

Seit ihrer Gründung war die Weimarer Republik ständigen Angriffen ausgesetzt. Ziel war, das demokratische Gesellschaftssystem in Frage zu stellen, es herabzuwürdigen und letztlich mit Gewalt zu vernichten.

Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 folgten die Entdemokratisierung Deutschlands und die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner. Antisemitismus wurde zur Staatsräson.

Die „Reichstagsbrand-Notverordnung“ vom 28. Februar 1933 bildete den gesetzlichen Rahmen zur Verfolgung politischer Gegner.

Zehntausende NS-Gegner, zunächst vor allem Funktionäre und Mitglieder der KPD, wenig später Sozialdemokraten, Christen, Pazifisten und jüdische Bürgerinnen und Bürger wurden nach bereits vorbereiteten Listen verhaftet, verschleppt, gefoltert, ermordet.

Am 20. März 1933 wurde in Dachau das erste staatlich legalisierte Konzentrationslager eröffnet. Dem folgten Vernichtungslager in Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Auschwitz und in vielen Regionen des von Deutschland im Zuge des Zweiten Weltkrieges besetzten Europa.

Am 23. März 1933 wurde gegen die Stimmen der Reichstagsabgeordneten der SPD das so genannte „Ermächtigungsgesetz“ beschlossen. Der Reichstag hatte sich damit selbst entmachtet und den Weg zur „Führerdiktatur“ endgültig geebnet.

Am 05. April 1933 besetzten HJ-Führer die Geschäftsstelle des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände in Berlin, lösten diese auf und eigneten sich deren Besitz an.

Am 02. Mai 1933 besetzten Angehörige der SA die Gewerkschaftshäuser. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, ihre Funktionäre verfolgt und verhaftet.

Am 22. Juni 1933 folgte das Verbot der SPD, ihre Mitglieder und Funktionäre wurden sozial benachteiligt, verfolgt, in KZs verschleppt, ermordet.

Nach wenigen Jahren hatte das NSDAP-Regime Europa mit einem völkermordenden Krieg überzogen, in dem Millionen Menschen ihr Leben verloren und wertvolle Kulturgüter unwiederbringlich zerstört wurden.

Mit dem 8. Mai 1945 erhielten das deutsche Volk und die Völker Europas die Chance, basierend auf den Idealen des Humanismus ein Leben der Demokratie und des Friedens zu gestalten.

Angesichts der furchtbaren Folgen der Machtübertragung an Hitler im Januar 1933, im Gedenken an alle Opfer der NS-Diktatur und des von Deutschland entfachten Zweiten Weltkrieges ist es Pflicht und Verantwortung, die demokratischen Grundsätze unseres Gemeinwesen und das friedliche Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarn zu schützen und auszugestalten, um eine Wiederholung des Entsetzlichen niemals zuzulassen.

Demokratiefeindliche Ideologien sind umso erfolgreicher, je brüchiger die Bindung an das demokratische Gemeinwesen ist und je schwieriger sich die sozialen Lebensbedingungen der Menschen gestalten. Um dem Rechtsextremismus wirksam begegnen zu können, muss daher eine deutliche Stärkung der Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen auf der Grundlage gesicherter Lebensverhältnisse angestrebt werden.

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern fordert daher, den Demokratie- und Sozialabbau zu stoppen und Lebensverhältnisse sozial gerecht auszugestalten, um so dem Rechtsextremismus seine Basis zu entziehen.

Antifaschistische Organisationen und AktivistInnen dürfen nicht länger kriminalisiert werden. Zivilcourage braucht Unterstützung!  
Erinnern, um zu widerstehen!

### **Kommunikationskonzept**

Es erfolgt eine erste Lesung des von B. Griese vorbereiteten Kommunikationskonzeptes. In der Diskussion wird deutlich, dass diesbezüglich noch viel zu tun ist/bleibt. Der Vorstand verständigt sich auf eine Arbeitsgruppe, der u.a. B. Griese, P. Ritter und D. Kowalick angehören. Eine erneute Befassung ist für die Mai-Tagung vorgesehen.

### **Pressemitteilung**

Auf seiner Klausurtagung befasste sich der Landesvorstand der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern auch mit der Problematik der Finanzausstattung der Kommunen. Dazu erklärt die Landesvorsitzende, Heidrun Bluhm:

### **Probleme der Kommunen nicht weiter ignorieren!**

Die Antwort der Landesregierung auf den Hilferuf der Kommunen ist symptomatisch für den Umgang der Rot-Schwarzen Landesregierung mit den Kommunen. Hilfe gibt es nur in Form von guten Worten und Bedingungen.

DIE LINKE hat stets auf Probleme und Fehler der Kreisgebietsreform und auf eine nicht aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen hingewiesen. Ministerpräsident SELLERING und Innenminister CAFFIER machen jedoch weiter nach Gutsherrenart: SELLERING erklärte, die Finanzausstattung der Kommunen sei angemessen und es gibt kein Geld mehr. Er beweist damit, dass er die Probleme nicht ernst nimmt.

Der Innenminister – eigentlich Anwalt der kommunalen Ebene – darf Verantwortliche in den Kommunen beschimpfen und auf Showveranstaltungen der CDU-Landtagsfraktion lächeln. Konsequenzen: Fehlanzeige!

Die Audienzen bei Hofe von SELLERING und CAFFIER werden am 7. März 2013 zwar

gewährt, aber es bleibt kein Zweifel: Die Landesregierung lässt ihre Kommunen allein im Regen stehen.

Der Landesvorstand fordert die Mehrheit von SPD und CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf, endlich die Debatte aufzunehmen. Der Antrag der Linksfraktion im Landtag „Ohne Hilfe des Landes geht es nicht. Appell der Landkreise und kreisfreien Städte ernst nehmen!“ der in der kommenden Landtagssitzung einbracht wird, bietet die Möglichkeit, die Probleme der Kommunen ernst zu nehmen und nicht weiter zu ignorieren.

### **Datenschutz/Finanzen/Sonstiges**

Einstimmig bestellt der Landesvorstand den aus Rostock stammenden Juristen, Sebastian Schmidt, ab 01.02.2013 zu seinem neuen Datenschutzbeauftragten.

Der Landesvorstand folgt einem Antrag zum Finanzplan zur Durchführung der LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste Bundestag einstimmig und legt in diesem Jahr u.a. einen Sonderfonds zur Professionalisierung der Arbeit der GeschäftsführerInnen in den Kreisverbänden auf. Es erfolgt eine erste Auswertung des Jahresabschlusses 2012 – eine entsprechende Prüfung erfolgt im ersten Quartal diesen Jahres.

Durch die LAG Frieden und internationale Sicherheit findet eine Vorstellung der ersten Konzeption der Friedenspolitischen Konferenz im März 2013 statt. Alle Gliederungen der Partei sind schon jetzt aufgerufen, aktiv für die „Rostocker Friedenskonferenz“ am 23.03.2013 zu werben – für den Landesvorstand/die Landesgeschäftsstelle verantwortlich ist B. Griese.

Die Einberufung des 4. Landesparteitages (1. Tagung im November 2013 im Theater Greifswald) erfolgt auf der nächsten Tagung des Landesvorstandes im März.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 09.03.2013 in Rostock statt.

Die nächsten Termine:

|            |   |
|------------|---|
| 28.01.2013 | Konstituierende Sitzung des Landeswahlbüros, Waren (Müritz)   |
| 22.02.2013 | Beratung der GeschäftsführerInnen und MitarbeiterInnen der Kreisverbände inkl. Schulung zum Mitgliederprogramm, Rostock<br>Schulung der Internetverantwortlichen der Kreisverbände, Rostock |
| 23.02.2013 | Finanzkonferenz DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Güstrow  |
| 02.03.2013 | Regionalkonferenz NORD mit Schleswig-Holstein und Hamburg zum Bundestagswahlprogramm in Lübeck  |

Ausführliche Informationen und weitere Termine im Internet unter [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de).